

Chinas Agenda für die Zukunft

Der 11. Fünf-Jahres-Plan und das Weißbuch zur Demokratie

Die chinesische Regierung hat in den letzten Wochen ihre Planungen für die zukünftige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes bekannt gegeben. Richtungsweisende Dokumente sind der neue Fünf-Jahres-Plan und ein Weißbuch zur Demokratie.

Die Sitzung des Zentralkomitees: Fünf-Jahres-Plan und Personalie

Vom 8. bis 11. Oktober 2005 tagte das 16. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas in Peking in seiner fünften Sitzung. Hier wurde der Entwurf für den elften Fünf-Jahres-Plan für die Jahre 2006 bis 2010 erarbeitet, der nächstes Frühjahr dem Nationalen Volkskongress zur Verabschiedung vorgelegt werden soll.

Vor allem ausländische Medien hatten von dieser Sitzung eine Weichenstellung in Bezug auf die Benennung einer künftigen 5. Führungsgeneration der Kommunistischen Partei erwartet. Spekulationen über Machtkämpfe und Personalwechsel haben sich jedoch nicht bewahrheitet. Stattdessen standen die weitere wirtschaftliche Entwicklung Chinas sowie die Lösung der gesellschaftlichen Probleme auf der Tagesordnung. "Nachhaltigkeit" und "harmonische Entwicklung" bildeten die wichtigsten Stichworte der Sitzung.

Natürlich hat Staatspräsident Hu Jintao die

Sitzung genutzt, um seine Macht zu konsolidieren. Anders als der Vater der Wirtschaftsreformen, Deng Xiaoping, kann sich Präsident Hu Jintao nicht allein auf seinen persönlichen Einfluss verlassen. Es war die erste Sitzung des Zentralkomitees, seit der ehemalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin im Jahr 2004 seinem Nachfolger auch die Kontrolle über den letzten Bereich der Staatsführung, die Volksbefreiungsarmee, übertragen hatte. Den Parteivorsitz hatte Hu Jintao im Jahr 2002, das Amt des Staatspräsidenten ein Jahr später übernommen. In dieser relativ kurzen Zeit seit seiner Amtseinführung hatte der 62-jährige noch wenig Gelegenheit, eine eigene Machtbasis mit einer starken Riege loyaler Unterstützer aufzubauen. Daher wurde erwartet, dass Hu auf dieser Sitzung das Personalkarussell in den Top-Positionen der Partei neu drehen und einige von Jiang Zemin's alten Gefährten durch eigene Protegés ersetzen würde. Am Ende wurde auf der Sitzung des Zentralkomitees dann doch kein möglicher Nachfolger für den Präsidenten präsentiert. Allerdings wird die Aufnahme des Konzepts der "harmonischen Entwicklung", das Hu Jintao Anfang diesen Jahres vorgestellt hatte, in den aktuellen Fünf-Jahres-Plan als Zeichen seines wachsenden Einflusses gewertet.¹

¹ South China Morning Post, 12.10.2005:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER

Oktober 2005

www.kas.de

Offensichtlich ist sich die chinesische Führung sehr wohl bewusst, dass ihr eigenes Überleben davon abhängt, wie sie sich den wirklich drängenden Problemen Chinas stellt. Dies sind allen voran die wachsende Einkommensungleichheit sowie der Umwelt- und Ressourcenschutz. Werden diese Probleme nicht in absehbarer Zeit gelöst oder zumindest angegangen, so fürchtet man in der Regierung nicht zu Unrecht, sind gesellschaftliche und politische Stabilität ernsthaft in Gefahr. Die Partei steht damit vor Herausforderungen, die sie nur als kollektive Einheit lösen kann. Ambitionen einzelner Personen sollten daher in den Hintergrund treten.

Sozialistische Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit, Stabilität

Die Sitzung der 345 Mitglieder des Zentralkomitees stand deshalb ganz im Zeichen des elften Fünf-Jahres-Plans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas. Eine kleine, aber wegweisende Neuerung, die der weiteren Orientierung der chinesischen Wirtschaftspolitik in Richtung Marktwirtschaft Rechnung trägt, ist die Umbenennung des Fünf-Jahres-Plans in "Fünf-Jahres-Programm".

Schnelles aber stabiles wirtschaftliches Wachstum bleibt selbstverständlich im Fokus der Planungen für die Zukunft Chinas. Die Wachstumsrate von heute 9,4%² soll gehalten und das Pro-Kopf-Einkommen bis 2010 verdoppelt werden. Chinesische Unternehmen sollen mit ihren Markennamen und Urheberrechten verstärkt am Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen. Der Prozess der wirtschaftlichen Liberalisierung soll beibehalten und das System der sozialistischen Marktwirtschaft perfektioniert werden. Angestrebt wird zudem eine Angleichung zwischen den weit entwickelten

süd-östlichen Provinzen und dem stark dahinter zurückstehenden Westen und der Mitte Chinas. Die seit dem Beginn der Privatisierung der Staatsbetriebe mehr oder weniger brachliegenden Industriestandorte im Nordosten sollen wiederbelebt, Innovation und neue Technologien Schwerpunkte der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung werden.

Hohe Priorität für die chinesische Führung haben die Nachhaltigkeit der Modernisierung und ihre soziale und ökologische Verträglichkeit. Im Gegensatz zu früheren Fünf-Jahres-Plänen betont das aktuelle Programm nicht allein das Wachstum des Bruttosozialprodukts und die Vermehrung des Wohlstands, sondern stellt die Verbesserung der Fürsorge für die Bürger und den Schutz der natürlichen Ressourcen voran.

Entsprechend der Empfehlung von Deng Xiaoping, "einige Leute zuerst reich werden zu lassen", ist in China lange Zeit die wirtschaftliche Entwicklung um jeden Preis gefördert worden, ohne auf Qualität und Effizienz zu achten. Die Lasten tragen die Umwelt und die große Zahl derer, die keine Chance hatten, die Früchte dieser Entwicklung zu ernten. Reich sind einige geworden, das ist sicher. Kürzlich ist die "China Rich List" veröffentlicht worden, gemäß derer die 400 reichsten Chinesen ein Vermögen von durchschnittlich 200 Mio. US\$ besitzen.³ Die Hoffnung, auf diese Art am Ende "Wohlstand für alle" schaffen zu können, hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Das reichste Zehntel der Gesellschaft besitzt fast die Hälfte (45%) des städtischen Vermögens, das ärmste Zehntel nur 1,4%. Der Gini-Koeffizient, der auf einer Skala von 0 bis 1 das Maß an Ungleichheit in einer Gesellschaft angibt (mit 1 als Wert für das höchste Maß an Ungleichheit) wird für China mit 0,45 angegeben - einer der höchst-

"Welfare tops agenda of new 5-year programme" (Josephine Ma)

² China Daily, 21.10.2005: "GDP up 9,4% on back of spending" (Su Bei)

³ <http://www.hurun.net/indexen.aspx> am 21.10.2005

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER

Oktober 2005

www.kas.de

ten der Welt.⁴

Angesichts dieser Bilanz und der wachsenden Zahl sozialer Unruhen in den Provinzen will die Regierung sich in den nächsten fünf Jahren auf die Reduzierung der Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land konzentrieren. Diese wird als Hauptbedrohung für die gesellschaftliche Stabilität und damit für die weitere Entwicklung Chinas gesehen. Imageprojekte wie der kürzlich erfolgte bemannte Flug ins All der "Shenzhou VI" bleiben ob ihrer Kostenintensität und angesichts der großen Anzahl von Armen inzwischen auch in den chinesischen Medien nicht unwidersprochen. Ziel der neuen politischen Ausrichtung ist daher eine "koordinierte und nachhaltige Entwicklung zwischen Mensch und Natur, Umwelt und Gesellschaft".⁵ Qualität statt Quantität, ausgeglichenes Wachstum, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind ihre Kernpunkte.

Harmonische Gesellschaft

Als die beiden Säulen für die Lösung der gegenwärtigen Probleme werden die "harmonische Gesellschaft" und die "wissenschaftliche Ausrichtung der Entwicklung" gesehen.⁶ Diese verlangen eine Politik, die die Schwachen der Gesellschaft auffängt, für mehr Chancengleichheit sorgt und ein funktionierendes soziales Sicherungssystem aufbaut, zu dem alle Zugang haben. Offensichtlich hat die Regierung ihre Verantwortung für die Integration benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen in die Gesellschaft erkannt. Nur wenn sie eine Marginalisierung von Arbeitslosen, Armen

oder anderen Modernisierungsverlierern verhindert, werden sich ernsthafte soziale Konflikte vermeiden lassen.

Verbesserungen in den Bereichen Beschäftigung, Grundbildung und Gesundheitsversorgung sind die konkreten Aufgaben dieser Politik. Der Staat muss Sorge tragen, dass auch die Menschen am unteren Ende der Gesellschaft Chancen auf Bildung und Ausbildung bekommen, die sie befähigen, am zunehmend technologisierten und wissensbasierten wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Eine kostenfreie neunjährige Pflicht-Grundbildung soll vom Staat garantiert werden. Das Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem, das Menschen davor bewahrt, aufgrund von Krankheit oder Arbeitslosigkeit in die absolute Armut abzurutschen, muss die Bildungsanstrengungen ergänzen. Angestrebt werden eine Erhöhung der Einkommen und des Lebensstandards, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stabilisierung des Preisniveaus.

Steuerreform und Einkommensschere

Der Reduzierung der extremen Einkommensunterschiede wird große Dringlichkeit für die Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität zugerechnet. Einen Beitrag dazu, so die Hoffnung, könnte die geplante Steuerreform leisten. Die Reform zielt darauf ab, die Steuerlast für die Mehrheit der Chinesen zu senken und gleichzeitig Gutverdienende stärker zu belasten. Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden. Aus den Steuereinnahmen sollen die staatlichen Dienste im Bildungs- und Gesundheitsbereich finanziert werden.

Das momentan gültige Steuersystem belastet mit Steuersätzen von 5-45% vor allem Steuerzahler mit niedrigen und mittleren Einkommen, während hohe Einkommen im Verhältnis geringer belastet werden. Geplant ist, im Rahmen der Reform die aktuelle Bemessungsgrenze für die Zahlung von Steuern von bisher 800 RMB auf 1600

⁴ China Daily, 9.10.2005: "Wealth gap reaches a critical level" (Reuters)

Gini-Koeffizienten anderer Länder zum Vergleich: Europäische Länder: zwischen 0,25 (Skandinavien) und 0,35 (Frankreich, Großbritannien); USA: 0,41; Russland: 0,31; Mexiko, Argentinien: 0,54. (Quelle: United Nations Human Development Report 2005, Seite 55)

⁵ Beijing Review No.42, 20.10.2005, Seite 2

⁶ South China Morning Post, 17.10.2005: "Beyond the politics of power" (Jiang Wenran)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER

Oktober 2005

www.kas.de

RMB heraufzusetzen.⁷ Diese Grenze wurde seit mehr als 20 Jahren nicht angepasst und stammt damit noch aus einer Zeit, als nur 1% der Bevölkerung überhaupt mehr als 800 RMB im Monat verdienten; heute sind dies über 50%.⁸ Angesichts stetig steigender Preise können heute mit einem Gehalt von 800 RMB die Lebenshaltungskosten vielerorts nicht mehr gedeckt werden. Mit Hilfe der Anhebung des Eingangsteuerbetrages soll eine stärkere Umverteilung von Reich zu Arm vorgenommen und die Öffnung der Einkommensschere verringert werden. Ob die pauschale Anhebung der Bemessungsgrenze allerdings die erhoffte Wirkung zeigen wird, ziehen einige Kritiker in Zweifel.

Interessant an diesem Thema ist, dass erstmals in China zu einer Frage der nationalen Politik eine öffentliche Anhörung durchgeführt wurde, um der Meinung des Volkes zu der Frage der Steuerreform ein Forum zu bieten. Von den etwa 5000 Bewerbern, die mit Volljährigkeit und einem regelmäßigen Einkommen die Zugangsvoraussetzungen erfüllten, wurden 20 Personen ausgewählt und zur Anhörung zugelassen. Eine solche Anhörung ist ein Novum in China und soll die Transparenz bei der Gesetzgebung erhöhen.

Nachhaltigkeit und grünes Wachstum

Die zweite Säule der neuen Politik ist die wissenschaftliche Ausrichtung der Entwicklung. Die Konzentration auf Wachstum und Steigerung des Bruttosozialprodukts in Verbindung mit der Entwicklung schadstoffintensiver Industrien hat zu einer extensiven Ausbeutung natürlicher Ressourcen und massiver Luft- und Umweltverschmut-

zung geführt. Zwei Drittel der chinesischen Flüsse und Seen sind heute stark verschmutzt, die chinesischen Großstädte rangieren auf den hintersten Plätzen der Umweltranglisten der Welt. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz sollen nach dem vorliegenden Fünf-Jahres-Plan genutzt werden, um weitere Umweltschäden abzuwenden: Ressourcenschutz und –effizienz, Müllvermeidung und Recycling sind die Hauptthemen. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, pro 1 Prozentpunkt Wachstum 20% weniger Energie zu verbrauchen.⁹ Ein "grünes" Sozialprodukt soll den Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Umwelt messbar machen.

Erstmals wurden in den Fünf-Jahres-Plan auch Indikatoren zur Evaluierung der Zielerreichung aufgenommen. Wie zu erwarten ist der Plan noch wenig detailliert. An der Umsetzung der neuen Richtung werden sich jedoch, soviel ist heute schon sicher, politischer Wille und Führungsqualitäten von Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zeigen.

Politische Reformen?

Politische Offenheit und zivile Freiheiten stehen nach diesem Entwurf für den Fünf-Jahres-Plan nicht auf dem Programm. Dies könnte für die Erreichung der avisierten Ziele und die weitere Entwicklung Chinas kontraproduktiv sein, kommentiert die Hong Konger Zeitung South China Morning Post.¹⁰ Ohne die Entwicklung eines Rechtsstaats, politische Reformen, eine freie Presse und eine stärkere Partizipation der Zivilgesellschaft blieben die "harmonische Gesellschaft" und das "wissenschaftliche Konzept für die Entwicklung" leere Worthülsen.

⁷ China Daily, 29.8.2005: "Hearing scheduled for tax threshold" (Zhao Huanxin);

China Daily, 24.10.2005: "Income tax threshold likely to double" (Sun Shangwu)

⁸ China Daily, 24.8.2005: "Rise in pay sparks income tax review" (Zhao Huanxin) und Beijing Review No.41, 12.10.2005, Seite 20: "Redistributing wealth through income tax" (Lan Xinzhen)

⁹ South China Morning Post, 14.10.2005: "Mainland blueprint a step in right direction"

¹⁰ South China Morning Post, 17.10.2005: "Beyond the politics of power" (Jiang Wenran)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER

Oktober 2005

www.kas.de

"Die soziale Unzufriedenheit wächst ebenso schnell wie die heißgelaufene Wirtschaft", wird ein Wissenschaftler andernorts zitiert¹¹. Dies liege an einer steigenden Zahl von Rechtsverletzungen und einer mangelnden Verlässlichkeit der Justiz. Harmonie in der Gesellschaft könne nur mit der verstärkten Institutionalisierung von Rechtsstaatsprinzipien geschaffen werden. Nicht mangelnder Wohlstand sei das Problem, sondern Korruption, Günstlingswirtschaft und Bestechlichkeit von Beamten und Richtern.

Ein Weißbuch zur Demokratie

In- und ausländischer Kritik über mangelnden Willen zu politischen Reformen ist die Regierung erstmals mit einer Stellungnahme zur Demokratisierung entgegengetreten. Am 19. Oktober 2005, eine Woche nach der Sitzung des Zentralkomitees, hat das Informationsamt des Staatsrates ein Weißbuch mit dem Titel "Building of Political Democracy in China" herausgegeben.¹²

Mit dem Papier bekräftigt die chinesische Regierung noch einmal ihre Entschlossenheit, auf dem Weg zu politischen Reformen ihren eigenen Weg gehen zu wollen. Demokratie sei ein allen Völkern der Welt gemeinsames Ideal und das Ergebnis der "Entwicklung einer politischen Zivilisation".¹³ Sie müsse jedoch aus einer Gesellschaft heraus entstehen und könne ihr nicht aufoktroiert werden. Die Geschichte und Realität der Menschheit habe gezeigt, dass es kein universell gültiges Modell für die Demokratie gebe. Das Demokratieverständnis westlicher und chinesischer Politiker beruhe auf unterschiedlichen Ausgangspositionen, die politischen Systeme des Westens könnten daher nicht unbese-

hen auf China übertragen werden. Die Beurteilung, ob ein System demokratisch sei oder nicht, müsse sich danach richten, ob der Wille des Volkes seinen Ausdruck finde und die Interessen und Meinungen eines Großteils der Bevölkerung vertreten würden. Die Führerschaft der Kommunistischen Partei, die in "Kooperation und Konsultation" mit den acht zugelassenen demokratischen Parteien zusammenarbeite, beruhe auf einer "historischen Wahl" des Volkes¹⁴. China habe ein System der "sozialistischen Demokratie mit chinesischen Charakteristika" entwickelt, das sich an den besonderen gesellschaftlichen, historischen und geografisch-ethnischen Voraussetzungen des Landes orientiere.

Seit dem Beginn der Öffnung nach außen Ende der 1970er Jahre seien die Formen und Möglichkeiten der Bevölkerung zu demokratischer Partizipation vielfältiger geworden. Grundlage für die Verbesserung und Entwicklung des demokratischen politischen Systems in China sei eine Förderung der *grass-roots*-Demokratie.

Tatsächlich sind Modelle basisdemokratischer Beteiligung in Form von Wahlen zu Dorfkomitees und städtischen Nachbarschaftskomitees in manchen Gebieten Chinas inzwischen ein wichtiges Instrument der Selbstverwaltung geworden. Die Bevölkerung erhält in einem gewissen Rahmen die Chance, über diese Komitees Funktionen der Entscheidungsbeteiligung, des Management und der Kontrolle auszuüben. In einer direkten Wahl können die Dorfbewohner alle drei Jahre die Mitglieder der Dorfverwaltung wählen. Über Angelegenheiten, die das ganze Dorf betreffen, wird in Versammlungen diskutiert und in einer Mehrheitsabstimmung entschieden. Die Arbeit der Dorfkader muss offen gelegt und der Kontrolle durch die gewählte Dorfverwaltung zugänglich gemacht werden.

¹¹ China Daily, 14.10.2005: "Harmony hinges on the rule of law" (Cary Huang)

¹² <http://www.china.com.cn/chinese/PI-c/1003062.htm> am 19.10.2005

¹³ White Paper issued by the Information Office of the State Council of the People's Republic of China: "Building of Political Democracy in China", Beijing Oktober 2005 (Quelle: <http://english.people.com.cn/whitepaper/democracy/democracy.html> am 21.10.2005)

¹⁴ South China Morning Post, 20.10.2005: "Praise for the system of socialist democracy" (Cary Huang)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER

Oktober 2005

www.kas.de

Laut Weißbuch bezeugt die hohe Wahlbeteiligung von über 80% den Bedarf und den Willen der Bevölkerung zu einer solchen Teilhabe am politischen Leben. Das System der Dorfwahlen soll deshalb nach und nach mit ähnlichen Aufgaben der Selbstverwaltung auf die Nachbarschaftskomitees in den Städten übertragen werden.

Von weitergehenden politischen Reformen ist in dem Text allerdings nicht die Rede. Man befürchtet wohl, dass eine Zersplitterung und Destabilisierung, wie sie durch tiefgreifende politische Reformen erwartet wird, kontraproduktiv für die weitere Modernisierung des Landes sein könnte. Die gegenwärtig für ganz China wichtigste Frage sei die Überwindung der Rückständigkeit und der Armut. Die Kommunistische Partei sieht sich als Garant für Einheit und Stabilität des Landes und ermögliche damit die Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung.

China habe auf dem Weg zur Demokratie noch einige Arbeit zu leisten, gesteht das Papier zu. Reformen seien nötig bei den Gesetzgebungs- und Rechtsprechungssystemen, in der Verwaltung sowie bei der Möglichkeit für die Gesellschaft, an Entscheidungsprozessen zu partizipieren und staatliches Handeln zu überwachen. Insbesondere müsse die Korruption bekämpft und Bildungsstand und politisches Bewusstsein der Bürger erhöht werden. Der erfolgreiche Prozess der Modernisierung Chinas sei jedoch ein Beleg dafür, so das Weißbuch, dass der Aufbau einer politischen Demokratie in China schrittweise, koordiniert und auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen, Erfolge und Realitäten erfolgen müsse. Erfahrungen aus anderen Ländern könnten diesen Prozess ergänzen.

Fünf-Jahres-Programm und Weißbuch: Meilensteine?

Das Weißbuch zur Demokratisierung und das Fünf-Jahres-Programm sind mit Si-

cherheit wichtige Darstellungen dessen, wie sich die chinesische Führung die Politik in den nächsten Jahren vorstellt. Mit grundlegenden politischen Reformen ist demnach nicht zu rechnen. Wiederholt betont die Kommunistische Partei ihren alleinigen Führungsanspruch und ihre Eigenständigkeit in innenpolitischen Belangen. Mit dem Weißbuch hat die chinesische Regierung eine eigene Definition von Demokratie für die "speziellen chinesischen Voraussetzungen" aufgestellt, um das politische System Chinas als erfolgreichen Aufbau demokratischer Strukturen zu bezeichnen. Dies ist, wie nicht anders zu erwarten, nicht ohne Widerspruch geblieben¹⁵, zumal die Realität ganz anders aussieht: unabhängige Gewerkschaften bleiben verboten, die Zensur von Presse und Internet ist weiter hochaktiv, die Gerichte auf der lokalen Ebene sind finanziell, personell und damit auch inhaltlich von den jeweiligen lokalen Regierungen abhängig, die Übertragung der gepriesenen Dorfwahlen auf höhere Ebenen wird nicht einmal in Aussicht gestellt. Insgesamt zeigt das Papier jedoch die zunehmende Bereitschaft der Regierung, sich mit dem Thema Demokratisierung und Demokratisierungsmechanismen auseinander zu setzen.

Die gegenwärtige Entwicklung Chinas gibt der Führung bis zu einem gewissen Grade Recht. Instabilität und Unsicherheit über die politische und gesellschaftliche Zukunft Chinas könnten die gern gesehene und zur Entwicklung dringend benötigten Investoren abschrecken und das Land auf seinem Weg aus der Armut wieder zurückwerfen. Wie lange sich jedoch die Trennung von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Freiheiten aufrecht erhalten lässt, ist angesichts der wachsenden Zahl sozialer Unruhen und der massiven Ein-

¹⁵ South China Morning Post, 20.10.2005: "Praise for the system of socialist democracy" (Cary Huang), "White paper just a big lie: activists" (Minnie Chan and Kristine Kwok)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
INKEN DENKER**

Oktober 2005

www.kas.de

kommensunterschiede zwischen Stadt und Land, Ost und West und Arm und Reich ungewiss. So bleibt zu hoffen, dass zumindest die guten Vorsätze der Regierung in dem neu aufgestellten Fünf-Jahres-Programm zur Verringerung der Ungleichheit im Land und zum Schutz der natürlichen Ressourcen keine Lippenbekenntnisse bleiben und die "harmonische Gesellschaft" eine Entsprechung und Umsetzung in die tatsächliche Politik findet.